

XXIV. GP.-NR

8047 /J

22 März 2011

ANFRAGE

der Abgeordneten Vilimsky, Herbert, Mayerhofer
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend angebliche Radikalkur für Polizeiinspektionen

Die Zeitung "Die Presse" vom 01.03.2011 berichtete:

„14 statt 96? Radikalkur für Polizeiinspektionen

Wien. Für mehr Außendienst könnten Wachzimmer in der Nacht und an Sonntagen gesperrt oder auf 14 Großrauminspektionen reduziert werden. Um Kleiderkästen zu sparen, sollen Polizisten in Uniform in den Dienst fahren.

Ein zwölfseitiges internes Papier der Wiener Polizei (es liegt der "Presse" vor) mit dem harmlosen Titel "Besprechungsgrundlage" sorgt seit Kurzem für gehörige Aufregung unter den Beamten. Darin werden Maßnahmen diskutiert, die zu mehr Außendienstpräsenz der Polizisten führen. Angedacht werden unter anderem die Schließung von Polizeiinspektionen während der Nacht und an Sonntagen sowie die Verringerung der derzeit 96 Inspektionen um mindestens die Hälfte oder gleich die Reduktion auf 14 über ganz Wien verteilte sogenannte Großrauminspektionen.

Hintergrund dieser Überlegungen ist ein Bericht des Rechnungshofs (RH) zur Wiener Polizei vom vergangenen Herbst. Die Prüfer bemängelten, dass Uniformierte zu selten auf der Straße anzutreffen seien. Sie würden mehr als die Hälfte der Arbeitszeit (59 Prozent) an den Schreibtischen verbringen. Der RH zog einen Vergleich mit München, wo Exekutivbeamte zu 69 Prozent im Außendienst tätig seien. Und er schlug vor, Dienststellen zu schließen und Großrauminspektionen zu schaffen.

Kritiker: "Villacher Fasching"

Daraufhin nahmen Organisations- und Controllingexperten der BPD Wien den Bericht genau unter die Lupe, heraus kam die nun heiß diskutierte "Besprechungsgrundlage". Die wichtigsten der angeführten 35 Punkte:

** Neuorganisation der Polizeiinspektionen. Schließungen zur Nachtzeit und an Sonntagen, Reduktion der Dienststellen um die Hälfte. Zu diesem Punkt heißt es im Papier, die Schließungen sollten nicht bezirkweise, sondern "orientiert an der jeweiligen regionalen Kriminalitätsbelastung" erfolgen. Auch bei nur noch rund 50 Wachzimmern in ganz Wien bliebe, so die Verfasser, "ein rasches Einschreiten gewahrt". Zu den vom RH vorgeschlagenen Großrauminspektionen heißt es, diese seien nur "langfristig" umsetzbar.*

** Verschärfte Uniformtragepflicht. Kriminalbeamte versehen ihren Dienst in der Regel in Zivilkleidung. Nun wird vorgeschlagen, dass an Tagen, an denen der Fahnder "keine Aufgaben im originären Kriminaldienst" verrichtet, er den Dienst in Uniform zu versehen hat. Zu diesem Punkt gibt es - nicht verwunderlich - einen heftigen Aufschrei der Kriminalisten.*

Noch heftiger fällt allerdings die Kritik an der Forderung aus, wonach Fahrten vom Wohnort zum Ort des Dienstantritts künftig in Uniform erfolgen sollen. Als Begründung wird dafür wörtlich angeführt: "Spart eine Vielzahl an Kleiderkästen."

Das falle wohl eher ins "Programm des Villacher Faschings", meint ein Kriminalbeamter. In der Fachzeitung "Kriminalpolizei" heißt es dazu: "Wenn Sie einen Maskierten mit Schutzweste in der Straßenbahn sehen, ist das nur ein Wegbeamter auf dem Weg in die Arbeit." Zudem wird vorgeschlagen, auch bei Besprechungen bei Aus- und Fortbildungen Uniform zu tragen.

** Mehr Beamte für den Außendienst. "Außendienstfähige" Polizisten, die jetzt in Kanzleien sitzen, sollen künftig auch auf der Straße zu sehen sein.*

** Entfernung der Sicherheitsschleusen. Ebenfalls heiß diskutiertes Thema: Soll der Zugang in die Inspektionen einfacher erfolgen? Das soll die Bürgernähe fördern. Kritiker meinen, das Weglassen einer Sicherheitsschleuse sei vor allem nächtens zu gefährlich. "Die Verfasser wissen nicht, welche Leute da oft vor uns stehen", ätzt ein Inspektionsbeamter.*

** Aufleben des Rayonsbeamten. Jener Beamter, der in "seinem" Grätzel zu Fuß unterwegs ist, dort in Geschäften mit Inhabern, Verkäufern und Kunden in Kontakt steht, auf der Straße mit Anrainern spricht und so über die Sicherheitslage in seinem Rayon bestens informiert ist, soll wieder zu neuen Ehren gelangen. Zuletzt lebte die Idee im Jahr 2003 auf - und entschlief bald darauf wieder.*

Präsident Pürstl: Brainstorming

Wie weit ist eine Umsetzung dieser "Besprechungsgrundlage" in der Wiener Polizei nun bereits gediehen? Es handle sich um ein "reines Brainstorming als Replik auf den RH-Bericht. Da sind eben einige Punkte aneinandergereiht", lässt Polizeipräsident Gerhard Pürstl über einen Sprecher ausrichten.

Auf die tatsächliche Umsetzbarkeit werde daher auch nicht näher eingegangen. Sollten aber ein oder mehrere Punkte spruchreif werden, dann würde eine "breite interne Diskussion beginnen", wurde der "Presse" am Montag mitgeteilt."

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Ist daran gedacht Polizeiinspektionen in Wien zuzusperren?
2. Wenn ja, in welchem Umfang?
3. Wenn ja, in welchem Zeitraum?
4. Welche 14 Großrauminspektionen wären dies?
5. Welche Standorte sind angedacht zu schließen?
6. Welche Standorte kommen für die Großrauminspektionen in Frage?
7. Sollen wirklich Kleiderkästen eingespart werden?
8. Wenn ja, warum – aus Kostengründen?
9. Führt das Schließen von Inspektionen zu mehr Polizeipräsenz auf der Straße?
10. Wenn ja, warum?

11. Ist dies im Sinne von mehr Bürgernähe, wenn es nur mehr 14 Großrauminspektionen, also nicht einmal mehr in jedem Bezirk eine Polizeiinspektion, gibt?
12. Wäre es nicht sinnvoller die Exekutivbeamten vom überschießenden Verwaltungsaufwand zu befreien?
13. Wie lauten die in diesem Papier angeführten 35 Punkte?
14. Kann sich eine regionale Kriminalitätsbelastung verschieben zu Ungunsten einer anderen Region?
15. Wenn ja, soll dann auch die Großrauminspektion verlegt werden?
16. Soll die Idee Fahrten vom Wohnort zum Ort des Dienstantritts künftig in Uniform vorzuschreiben die Lösung für die Kritik des Rechnungshofes, es seien die Uniformierten zu selten auf der Straße anzutreffen, sein?
17. Wird diesen Bestrebungen, nämlich Fahrten vom Wohnort zum Ort des Dienstantritts künftig in Uniform zu vorzuschreiben, auch bei der Erstellung der Dienstpläne und auch besoldungsrechtlich Rechnung getragen?
18. Wenn nein, warum nicht
19. Könnte es sein, dass der Rechnungshof dies vielleicht anders gemeint hat?
20. Welche weiteren Planungen gibt es?

 
 
